

Zur Vorlage in der Sitzung des Stadtteilbeirats Gröpelingen am 27.09.2023

Forderung nach Umsetzung der Ergebnisse des „Runden Tisches Oslebshausen“ aus der Legislatur 2019 bis 2023

Der „Runde Tisch Oslebshausen“ war im Februar 2021 auf Beschluss der Bremischen Bürgerschaft (Drucksache 20/392 S, PIPr 20/21 S; Seite 1093-1102) eingerichtet worden. Im Sommer 2021 hat sich der Runde Tisch bestehend aus Wirtschafts- und Häfenressort, Ortsamt West, Beirat Gröpelingen und der Bürgerinitiative Oslebshausen und Umzu unter der Federführung des Umweltressorts in zwei Sitzungen über den Rahmen und die Themen verständigt.

Im Einzelnen gab es Sitzungen zu folgenden Schwerpunkthemen:

28.02.2022: Klärschlammverbrennungsanlage und Beschwerdemanagement

21.03.2022: Luftqualität/Lärm

27.04.2022: Luft

03.05.2022: Verkehrsbelastungen im Ortsteil/Stadtteil

31.05.2022: Attraktivitätssteigerung/IEK

28.06.2022: Sauberkeit und Sicherheit

11.01.2023: Grabungen Reitbrake („Russenfriedhof“)

17.04.2023: Bahnwerkstatt

Anfang Juli 2023 sind die politischen Vertreter der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (Senatorin Dr. Schaefer, Staatsrat Meyer, Staatsrat Nottelmann, Staatsrätin Nießen) sowie der Senatorin für Wissenschaft und Häfen (Senatorin Dr. Schilling – Wechsel in anderes Ressort, Staatsrat Cordßen-Ryglewski) mit der Wahl des Senats Anfang Juli 2023 aus ihren Ämtern ausgeschieden. Die Senatsressorts wurden darüber hinaus neu zugeschnitten und zugeordnet. Ebenso haben sich die politischen Gremien wie die Bremische Bürgerschaft und der Stadtteilbeirat Gröpelingen mit der Wahl 2023 personell neu zusammengesetzt. Weiterhin ist die Ortsamtsleiterin Ulrike Pala aus ihrem Amt ausgeschieden.

Es steht zu befürchten, dass die Arbeitsergebnisse des „Runden Tisches Oslebshausen“ nun verloren gehen und getroffene Vereinbarungen nicht eingehalten werden.

Dr. Maike Schaefer, damalige Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau ließ sich, wie folgt, zitieren: „Ich freue mich,

dass durch die Tätigkeit des Runden Tisches Oslebshausen ein gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Belange geweckt beziehungsweise vertieft werden kann. Seitens der Bürgerinnen und Bürger sowie der Ortspolitik besteht das tiefgreifende Interesse und die Forderung nach Verbesserung der Lebenssituation im Ortsteil. Das dichte Nebeneinander von industrieller und hafenwirtschaftlicher Nutzung auf der einen Seite und von Wohnen auf der anderen Seite macht es nicht einfach, gute Lösungen zu finden. Aber wir haben uns auf den Weg gemacht, und ich gehe davon aus, dass es perspektivisch zu Entlastungen im Ortsteil kommen wird.“

Wir informieren daher formell den Stadtteilbeirat Gröpelingen sowie die zuständigen Senatsressorts als auch die einschlägigen Ausschüsse und Deputationen der Bremischen Bürgerschaft über die vereinbarten Ergebnisse des „Runden Tisches Oslebshausen“ anhand der vereinbarten Gesprächsprotokolle (Anlage).

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat fordert den Senat und mithin die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation sowie die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft auf:

1. die im Rahmen des „Runden Tisches Oslebshausen“ in den Jahren 2021 bis 2023 verabredeten Maßnahmen zur Wahrung bzw. zur Steigerung der Lebensqualität der Menschen im Ortsteil Oslebshausen umzusetzen.
2. mit dem Stadtteilbeirat Gröpelingen die aktuelle und verbindliche Zeitplanung zur Umsetzung der Maßnahmen abzustimmen.
3. den Stadtteilbeirat Gröpelingen über die Umsetzung der Maßnahmen regelmäßig und zeitnahe zu unterrichten.
4. die Deputation Bau, Mobilität und Stadtentwicklung sowie die Deputation Umwelt und Klima sowie den Ausschuss Wirtschaft und Häfen umfänglich über den „Runden Tisch Oslebshausen“ dessen Ergebnisse sowie die umzusetzenden Zeit- und Maßnahmenpläne zu informieren.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

Anlage:

- 1) Protokoll der Sitzung am 08.06.2021 (zu besprechende Themen, Spielregeln)
- 2) Protokoll der Sitzung am 17.06.2021 (Agenda für die weiteren Treffen, Teilnehmer)
- 3) Protokoll der Sitzung am 21.03.2022 (Luftqualität/Lärm)
- 4.) Protokoll der Sitzung 03.05.2022 (Verkehr)
- 5.) Protokoll der Sitzung vom 31.05.2022 (Attraktivität im Stadtteil)
- 6.) Protokoll der Sitzung vom 28.06.2022 (Sauberkeit und Sicherheit)
- 7.) Protokoll der Sitzung vom 11.01.2023 (Ausgrabungen Reitbrake)

- 8.) Protokoll der Sitzung vom 17.04.2023 (Bahnwerkstatt)
- 9.) Runder Tisch Oslebshausen – Dokumentation vom 14.12.2022
- 10.) Stadtbürgerschaft: Oslebshausen entlasten: Begleitkonzept zur Klärschlammverbrennungsanlage erstellen (Drucksache 20/392 S)
<https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp20/stadt/drucksache/D20S0392.pdf>
- 11.) Plenarprotokoll vom 26.01.2021 (Plenarprotokoll PIPr 20/21 S; Seite 1093-1102)
<https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp20/stadt/protokoll/P20S0021.pdf>

Zur Vorlage in der Sitzung des Stadtteilbeirats Gröpelingen am 27.09.2023

Forderung nach Umwelt- und Gesundheitsgerechtigkeit für den Stadtteil Gröpelingen

Gesundheit und Umweltqualität hängen mit Armut zusammen. Stadtteile unterscheiden sich hinsichtlich ihres sozio-ökonomischen Profils sowie ihrer Umweltqualität sowie des Gesundheitszustands der dort lebenden Menschen. Das ist auch in Bremen so.

In Bremen zählt Gröpelingen zu den sozio-ökonomisch am meisten benachteiligten Ortsteilen Bremens. Hinzu kommt, dass der Stadtteil für Bremen als sogenannter „Ankommensstadtteil“ einen erheblichen Teil der Aufgabe zur Integration Geflüchteter und neu Hinzugezogener seit mehreren Jahrzehnten schultert. So ist das Risiko, in Gröpelingen an Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen zu erkranken gegenüber anderen Bremer Stadtteilen deutlich erhöht.

Gröpelingen ist umgeben von Eisenbahnen (Hauptstrecke Bremerhaven-Bremen, Grambker Kurve und Hafenbahn), der Autobahn A 27 und der neu hinzugekommenen A 281 sowie den Industriehäfen und der Stahlhütte. Damit sind erhebliche Einwirkungen von Lärm, Luftschadstoffen und Gerüchen sowie elektrischen und magnetischen Feldern auf die menschliche Gesundheit verbunden.

Weitere Ansiedlungen von Industrie und Infrastruktur sowie dessen Umbau vor dem Hintergrund der Klimawende kommen kurzfristig hinzu. Zu nennen sind u.a. die Klärschlammverbrennungsanlage, die A 281, die Bahnwerkstatt mit Abstellanlage und der Umbau der Bremer Stahlhütte.

Das politische Ziel, gesunde Wohnverhältnisse sicherzustellen, darf dabei nicht aus den Augen verloren gehen. Vor allem dürfen Industrie- und Infrastrukturanisiedlungen nicht nahezu ausschließlich zu Lasten der bereits heute sozio-ökonomisch benachteiligten Orts- und Stadtteile wie Gröpelingen gehen.

Insofern sind gerade in Gröpelingen die Einwirkungen von Lärm, Luftschadstoffen und Gerüchen sowie von elektrischen und magnetischen Feldern auf die menschliche Gesundheit nicht nur im Einzelfall eines Vorhabens sondern unter dem Aspekt der Umweltgerechtigkeit - auch unter Berücksichtigung zukünftiger Vorhaben integriert zu betrachten. So sind 1) die negativen Umwelteinflüsse kumulativ zu betrachten und 2) die soziale Benachteiligung bei jedem Vorhaben transparent zu untersuchen.

Vor diesem Hintergrund stellten unlängst Paritätische und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) fest, dass Gesundheit und Umweltqualität mit Armut zusammenhängen. Sie fordern: Eine Analyse der Belastungsfaktoren, ähnlich dem

Berliner Vorbild. Zu Schaffung von Transparenz und Verbindlichkeit sollen die Umsetzung konsequent überprüft und die Berichte jährlich veröffentlicht werden.

Fachleute für das Thema Umweltgerechtigkeit in Bremen sind u.a.:

Herr Stellan Teply (Senatorin für Klima, Umwelt und Wissenschaft) zum Lärmaktionsplan Bremen

Herr Hermann Schulte-Sasse, Vorsitzender des Paritätischen-Verbandsrats und früherer Gesundheitssenator

Herr Martin Rode, Geschäftsführer Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)

Herr Dr. rer. med. Jörn Moock, Amtsleiter, Gesundheitsamt Bremen

Herr Phillip Bergstedt, Umwelthygiene, Gesundheitsamt Bremen

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat fordert den Senat und mithin die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft und die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf:

1. verbindlich bei allen laufenden und zukünftigen Verfahren den Aspekt der Umweltgerechtigkeit zu betrachten. Hierbei sind 1) die negativen Umwelteinflüsse kumulativ zu betrachten und 2) die soziale Benachteiligung bei jedem Vorhaben transparent zu untersuchen.

2. der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge unter fachlicher Konsultation u.a. der o.g. Fachleute sich zu Fragen der Umwelt- und Gesundheitsgerechtigkeit beraten - insbesondere vor dem Hintergrund der o.g. Ansiedlungen von Industrie und Infrastruktur.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

Quelle:

Weser-Kurier: Wen Umweltbelastungen krank machen

<https://www.weser-kurier.de/bremen/politik/bremen-wen-umweltbelastungen-krank-machen-doc7qmitrj2y28120fjglvc>

Koalitionsvertrag für die 21. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft:
„Veränderungen gestalten: sicher, sozial, ökologisch, zukunftsfest“

https://www.dielinke-bremen.de/fileadmin/2022/Landesverband/2023/Wahlen_2023/Koalitionsvertrag_2023_11.pdf

Landesgesundheitsbericht Bremen 2019 (Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (SWG))

https://www.gesundheit.bremen.de/sixcms/media.php/13/Landesgesundheitsbericht%20Bremen%202019_download.pdf

Empfehlung zur Gesundheitsvorsorge bei Niederfrequenzanlagen in Planungsvorhaben. Ersetzen der Empfehlung vom 15.07.2014; Anpassung der Empfehlung vom 12.05.2016 (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit Freie und Verbraucherschutz)

https://www.gesundheitsamt.bremen.de/sixcms/media.php/13/3_Umwelt_Bremer-Empfehlung-zur-Gesundheitsvorsorge-bei-Niederfrequenzanlagen-in-Planungsvorhaben.pdf

Umgebungsärm bei Planungsvorhaben von Schulen, Kindertagesheimen und Kindergruppen – Bewertungen und Maßnahmen (Gesundheitsamt Bremen)

https://www.gesundheitsamt.bremen.de/sixcms/media.php/13/3_Umwelt_Umgebungslaerm_Planungsvorhaben.pdf

Langzeitlärmessung Industriehafen Bremen

<https://www.bauumwelt.bremen.de/umwelt/laerm/umgebungslaerm-im-land-bremen/laermmessung-industriehafen-806560>

Umweltgerechtigkeitskarte (Beispiel Berlin):

<https://www.berlin.de/umweltatlas/mensch/umweltgerechtigkeit/2022/karten/>)

Der Beirat Gröpelingen möge anlässlich seiner Sitzung am 27.09.2023 beschließen:

Hiermit fordert der Ortsbeirat Gröpelingen die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, die Senatorin für Arbeit, Soziales Jugend und Integration, den Senator für Inneres und Sport sowie die Senatorin für Kinder und Bildung auf, ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept bezüglich der sich in den letzten Jahren stark verändernden Drogenszene und ihren Auswirkungen zu entwickeln. Insbesondere die sich rapide entwickelnde „Crack-Szene“ mit ihren Auswirkungen rund um den Bremer Hauptbahnhof hat zu verstärkter Repression und damit zu einer Vertreibung der Konsument*innen in andere Stadtteile geführt. Dies ist neben der Neustadt, der östlichen Vorstadt und Bremen-Nord auch in Gröpelingen spürbar. Wir benötigen einen umfassenden Suchthilfeplan, an dem die Ressorts Gesundheit, Inneres, Soziales sowie Bildung zu beteiligen sind. Aufgrund der stadtweiten Bedeutung des Themas möge sich die Beirätekonferenz mit dieser Problematik und diesem Antrag befassen.

Begründung:

Aktuell erleben wir eine Verschärfung der gesamten Drogenproblematik in der Stadt. Die Situation rund um den Bremer Hauptbahnhof eskaliert zusehends, der öffentliche Druck auf Politik und insbesondere den Innensenator ist immens, hier für Entlastung zu sorgen. So gibt es ein beschlossenes Maßnahmenbündel (Drogenkonsumraum, Umzug des Kontakt- und Beratungszentrums, verstärkter Streetworkereinsatz), das mit Einsatz großer finanzieller Mittel umgesetzt wird. Auch polizeiliche und ordnungspolitische Maßnahmen sollen zur Verbesserung der Situation rund um den Hauptbahnhof beitragen. Insbesondere die repressiven Maßnahmen führen jedoch zu Verdrängungs- und Verlagerungseffekten in die Stadtteile. So kann auch in Gröpelingen in jüngster Zeit eine starke Zunahme der Drogenszene insbesondere am „Szenetreffpunkt“ an der Debstedter Str. beobachtet werden. Hier halten sich den gesamten Tag über nun beständig 10-15 Personen auf, über den gesamten Tag beobachtet wird der Szenetreffpunkt von etwa 40-60 Personen genutzt. Der Konsum von „Crack“ ist auch hier allgegenwärtig. Eine vergleichbare Entwicklung ist rund um den Lucie-Flechtmann Platz in der Neustadt, dem Szenetreffpunkt in Bremen-Vegesack sowie aktuell im Bremer Viertel zu beobachten.

Bisher stößt die geschilderte Entwicklung auf vergleichsweise geringe Ablehnung in der Gröpelinger Bevölkerung. Auch die bestehenden Hilfsangebote wie die Streetworkerstellen stoßen überwiegend auf große Akzeptanz und sind bisher gewünscht. Sollte sich die oben geschilderte Verdrängung vom Hauptbahnhof jedoch weiter fortsetzen, so sind dringend flankierende Maßnahmen der Deeskalation auch in Gröpelingen zu ergreifen.

Es steht zu befürchten, dass der bestehende „soziale Frieden“ im Stadtteil, was die Drogenproblematik anbetrifft, durch die geschilderten Entwicklungen gefährdet werden könnte. Sollte die „Abfederung“ dieser Tendenzen durch geeignete Maßnahmen unterbleiben, könnte diese Stimmung schnell kippen. Dem wollen wir vorbeugen. Die Tatsache, dass der aus Holz gebaute Unterstand des „Szenetreffpunkts“ kürzlich durch Brandstiftung stark beschädigt wurde, ist ein Hinweis darauf, dass diese grundsätzlich von Akzeptanz geprägte Stimmung schnell umschlagen kann.

Wir konstatieren: Alles hängt mit Allem zusammen. Kommt es zu stärkerer Repression am Hauptbahnhof, so hat das unweigerlich Konsequenzen auch für die Stadtteile. Aus diesem Grund plädieren wir für ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept, das Maßnahmen auf unerschiedlichen Ebenen betrachtet und aufeinander abstimmt. Gerade die sich entwickelnde Crackszene macht eine Neujustierung des Hilfesystems in vielen Bereichen erforderlich. Deshalb fordern wir die Erarbeitung eines umfassenden Suchthilfeplans, der umgehend zu erstellen ist und auch Maßnahmen in den betroffenen Stadtteilen enthält. In diesem Zusammenhang fordern wir die Schaffung fester Beratungs- und Betreuungsangebotes in den betroffenen Stadtteilen. Die Konzentration der Hilfen zentral im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs darf nicht dazu führen, dass die Menschen, die in die Stadtteile verdrängt werden, unversorgt bleiben und mittelfristig die Akzeptanz im Stadtteil verloren geht.

Vorbild für einen „Suchthilfeplan“ könnte der Drogenhilfeplan von 1990 sein. Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre hatten wir eine sehr eskalierte Situation bzgl. der Drogenproblematik in Bremen. Während das Hilfesystem noch nicht sehr ausdifferenziert war, wurde die Stadt in dieser Zeit mit sehr billigem Heroin konfrontiert. Die Szene in Bremen wurde Anziehungspunkt für Süchtige aus der Umgebung und zum Teil auch aus dem ganzen Land. Insbesondere die Situation im Bremer „Viertel“ wurde zunehmend angespannt. Die sog. „Junkies“ prägten das Bild im Stadtteil, Anwohner beschwerten sich über in ihren Vorgärten liegende und konsumierende Abhängige, Spielplätze und Hauseingänge wurden mit abschließbaren Bauzäunen vor Abhängigen geschützt; Geschäftsleute und Anwohner protestierten gegen diese Zustände. Die Zahl der Drogentoten stieg dramatisch, die ansteigende Beschaffungskriminalität führte zu einer völlig überfüllten JVA; HIV/ AIDS breiteten sich aus; es gab eine sehr hohe Zahl wohnungsloser Klienten/Klientinnen; es gab eine starke Zunahme von Beschaffungsprostitution im Viertel. Es fanden regelmäßig Krisensitzungen im Stadtteil statt, um Lösungen für diese Problematik zu finden; in den Medien wurden diese Zustände skandalisiert. Die Politik reagierte auf diesen öffentlichen Druck damals relativ besonnen. Es wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, die einen umfassenden Bericht über die Drogenhilfe im Lande Bremen verfasste. Dieser sog. „Drogenhilfeplan“ wurde 1990 veröffentlicht. Er enthielt eine umfassende Analyse des Ist-Zustandes; auf dieser Grundlage wurden Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen vorgeschlagen und anschließend auch überwiegend umgesetzt, um die geschilderten Probleme und die Situation im Stadtteil in den Griff zu bekommen. Dabei gab es die Prämisse: ohne Alternative Aufenthalts- und flankierende Hilfemaßnahmen für die „Szene“ kann es keine Repression und bloße Vertreibung der Drogenkonsumenten geben. Die heutige Situation ist durchaus mit der oben geschilderten Situation in den 90er Jahren vergleichbar. Eine Neuauflage des Drogenhilfeplans ist angesichts der heutigen Problematik überfällig.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

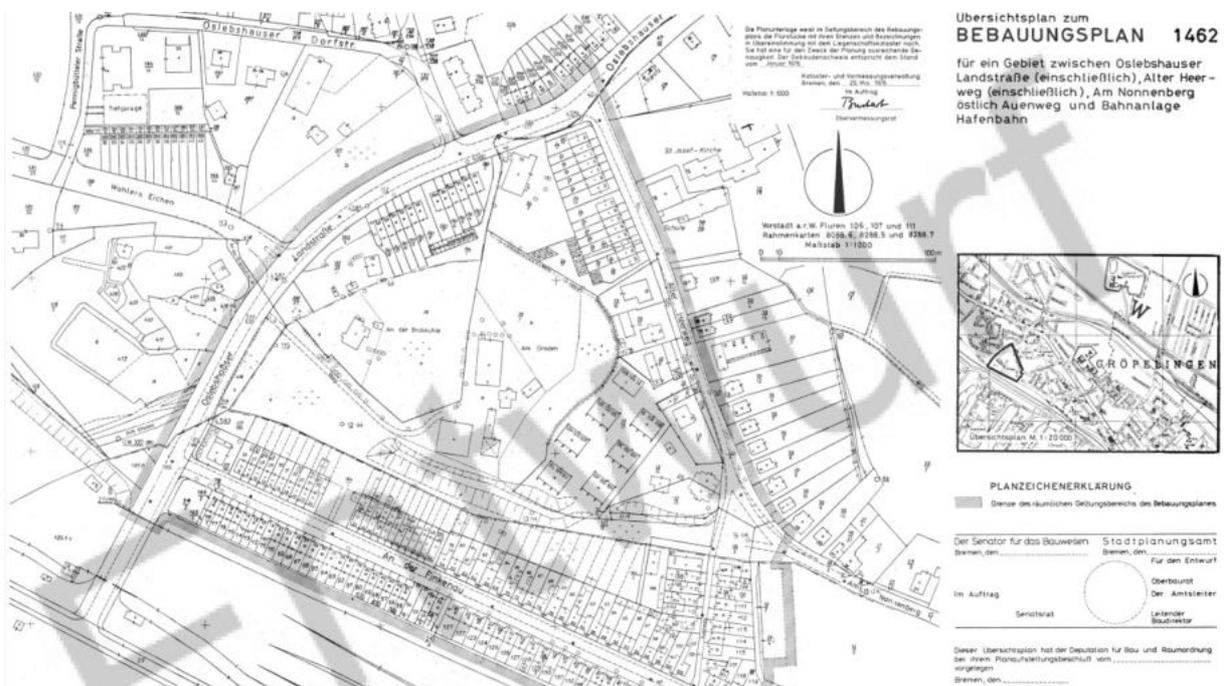
Zur Vorlage in der Sitzung des Stadtteilbeirats Gröpelingen am 27.09.2023

Forderung nach weiteren Informationen zum Verfahren des Bebauungsplanes 1462, dessen Erweiterung um östlich gelegenes Gebiet bis zur Togostraße und zügigem Abschluss des Verfahrens

Für das Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Oslebshauer Landstraße (einschließlich), Alter Heerweg (einschließlich), Am Nonnenberg, Auenweg (beiderseits), An der Finkenau (beiderseits) und Bahnanlage (Hafenbahn) wurde bereits am 06.03.1980 eine Planaufstellung für den Bebauungsplan 1462 beschlossen.

Planungsziel war die Festsetzung (vermutlich: Reines) Wohngebiet, Grünverbindung.

Offenbar befindet sich dieser Bebauungsplan seit nunmehr 43 Jahren in der Bearbeitung.



Quelle: <https://www.bauleitplan.bremen.de/bplan.php>, Abruf: 1462

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat fordert den Senat und mithin die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf

1. dem Beirat die Gründe für die seit über 40 Jahren anhängige Verfahrensdauer zu benennen.
2. die Umsetzung des Bebauungsplanverfahrens nun zügig zum Abschluss zu bringen und hierbei zu berücksichtigen, dass der Bebauungsplan das Gebiet als „reines Wohngebiet“ gemäß § 3 BnVO ausweist und die Flächen für den „Klimawald“ im Süden zur Hafenbahn ebenfalls eine entsprechende Ausweisung erhalten.
3. weiterhin soll der Bebauungsplan 1462 in seiner Fläche um das östlich gelegene Gebiet (An der Finkenau (beiderseits), Am Nonnenberg, Gröpelinger Heerstraße und Togostraße) erweitert werden. Alternativ soll für dieses Gebiet ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden, der ebenfalls für dieses Gebiet „reines Wohngebiet“ gemäß § 3 BnVO ausweist.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen



Antrag an den Beirat Gröpelingen

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Deutsche Post auf, wieder einen Briefkasten am BSAG-Depot Gröpelingen aufzustellen.

Begründung

Bei Beginn der Umbaumaßnahme des BSAG-Depots wurde der dort befindliche Briefkasten entfernt. Mittlerweile ist der Umsteigebereich fertig und wieder in Betrieb. Durch die neue Lage direkt an der Heerstraße könnte ein Briefkasten auf dem Gehweg der Heerstraße auch bei einem Umstieg zwischen Bus und Straßenbahn einfach erreicht werden. Als Standort bietet sich ein Platz in Höhe der Taxen- und Kurzzeitparkplätze an, weil dort eine Anfahrt zur Entleerung leicht möglich ist.

Täglich nutzen ca. 24000 Menschen die Haltestelle Gröpelingen für Ein- und Umstieg. Auch wenn der klassische Brief nicht mehr die Relevanz hat wie früher, kann an einer solchen Drehscheibe das Vorhandensein eines Briefkastens erwartet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Jalle



Antrag an den Beirat Gröpelingen

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorische Behörde für Finanzen auf, baldmöglichst ein Verfahren zur Einführung einer Steuer auf Einwegverpackungen, Einweggeschirr sowie Einwegbesteck in der Stadtgemeinde Bremen einzuleiten. Als Vorlage kann dabei das Modell der Stadt Tübingen dienen, die eine solche Steuer Anfang 2022 eingeführt hat. In einem Urteil vom 24. Mai 2023 hat das Bundesverwaltungsgericht die Tübinger Steuersatzung für „im Wesentlichen rechtmäßig“ erklärt, so dass einer Übertragung auf andere Städte nichts mehr im Wege steht.

Begründung

Die Vermüllung des Stadtteils Gröpelingen wird immer wieder von Einwohnern beklagt, aber auch in der Presse thematisiert. Ein Teil dieses immer wieder zu beobachtenden Mülls sind Einwegverpackungen wie Coffee-To-Go-Becher, Pizza-Kartons oder Burger-Schachteln, die aus Imbissen, Kiosken oder Fast-Food-Ketten stammen. Die zu Beginn des Jahres 2023 eingeführte Pflicht, auch Mehrweggeschirr anzubieten greift in Gröpelingen häufig nicht, weil die Betriebe die Mindestgröße nicht überschreiten.

Eine von der Betriebsgröße unabhängige Steuer kann dazu beitragen, dass die Verwendung von Mehrwegverpackungen forciert wird und somit nicht nur die mit Einwegverpackungen einhergehende Umweltbelastung gemindert wird sondern auch der Müll im Stadtgebiet.

Links

<https://www.tuebingen.de/verpackungssteuer>

<https://www.zfk.de/entsorgung/praxisfolgen-des-urteils-zur-tuebinger-verpackungssteuer>

Mit freundlichen Grüßen



Antrag an den Beirat Gröpelingen

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert Die Bremer Stadtreinigung (DBS) auf, Sammelcontainer für Altglas und Textilien mit Füllstandssensoren zu versehen. Es sollte geprüft werden, ob Textilcontainer zusätzlich mit Bewegungsdetektoren ausgerüstet werden können, um Einsteigen und Entnahme von Textilien melden zu können.

Begründung

Die Vermüllung im Umkreis von Containerstandorten ist in Gröpelingen, aber auch in anderen Stadtteilen, immer wieder ein großes Ärgerniss. Eine Ursache dafür ist, dass die Container manchmal voll sind und die Bürger deshalb Glas oder Textilien vor oder neben dem Container abstellen. Die Erfahrung zeigt, dass solche Anfänge schnell weiteren Müll „anziehen“ und dann dort auch andere Müllarten entsorgt werden.

Durch den Einsatz moderner Technologien aus dem Smart-City-Umfeld stehen jetzt kostengünstige Füllstandssensoren bereit, die auch im Betrieb keine großen Kosten verursachen, z.B. auf Basis der LoraWan-Technologie. Diese können den Füllstand eines Containers regelmäßig in kurzen Abständen an eine Zentrale senden. Damit könnten die Container gezielt dann angefahren werden, wenn ihre Kapazität zur Neige geht. Das kann helfen, überfüllte Container zu vermeiden, stellt aber auch sicher, dass Container nur bei einem gewissen Füllgrad geleert werden und vermeidet somit unnötige Fahrten.

Im Umkreis von Textilcontainern finden sich gelegentlich große Mengen von losen Textilien, so dass der Eindruck entsteht, diese wären durch Personen, die in die Container eingestiegen sind, geplündert worden.

Durch Bewegungssensoren basierend auf derselben Technologie könnte ein solcher Einstieg an eine Zentrale gemeldet werden. Von dort aus können dann eventuell geeignete Maßnahmen zur Erfassung des Täters eingeleitet werden, in jedem Fall kann aber eine schnelle Reinigung des Umfelds veranlasst werden, um nicht wieder eine Keimzelle für weiteren Müll zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Antrag für die öffentliche Beiratssitzung in Grövelingen am 27. September 2023

Der Beirat Grövelingen fordert die BSAG / Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, an der neugestalteten Umsteiganlage wieder eine Uhr aufzustellen.

Begründung:

Vor dem Umbau der Umsteiganlage war, zur Grövelinger Heerstraße hin, eine gut sichtbare Uhr aufgestellt, die im Zuge der Baumaßnahmen entfernt wurde. Nach der Fertigstellung könnte dort wieder eine Uhr zur Orientierung aufgestellt werden.

Antrag für die öffentliche Beiratssitzung in Grövelingen am 27. September 2023

Der Beirat Grövelingen fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung und die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft auf, neben den Bänken am Ohlenhof Müllgefäße aufzustellen.

Begründung:

Neben den beiden Parkbänken am Ohlenhof, zwischen dem Eingang zum „Grünzug West“ und der Hausnummer 33, stehen leider keine Müllbehälter. Die Bänke werden sehr häufig genutzt und im Sinne eines sauberen Quartieres sollen die auch zügig dort aufgestellt werden.

Antrag für die öffentliche Beiratssitzung in Gröpelingen am 27. September 2023

Haushaltsantrag gem. §8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2024/2025:

Angemessene inflationsbedingte Erhöhung der Beiratsglobalmittel

Der Beirat möge beschließen:

Die Senatskanzlei wird aufgefordert, die stadtteilbezogenen Globalmittel, die vom Beirat zur Unterstützung von Einrichtungen und Projekten im Stadtteil verwendet werden, auf Grund der aktuellen Inflationslage und Kostensteigerung in angemessener Weise zu erhöhen.

Die Beirätekonzferenz wird gebeten, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

Begründung:

Die vom Beirat vergebenen Globalmittel werden vor allem zur Förderung von Projekten und Veranstaltungen eingesetzt. In diesem Bereich stellt vor allem der starke Anstieg der Kosten in mehreren Bereichen ein Risiko für Träger und Einrichtungen dar und kann dazu führen, dass geplante Budgets nicht ausreichen. Das lässt sich bereits daran erkennen, dass höhere Summen in den Globalmittelanträgen beantragt werden.

Antrag für die öffentliche Beiratssitzung in Gröpelingen am 27. September 2023

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Schulsozialarbeit erhalten- Familien in Gröpelingen stärken.

Der Beirat fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, die über den Corona-Hilfsfond aufgestockten Personalstunden für die Schulsozialarbeiter:innen an den Gröpelinger Grund- und Oberschulen zu erhalten.

Begründung:

Die Herausforderungen für Familien in unserem Stadtteil sind auch nach der Pandemie ungebrochen hoch. Die Schulsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Familienarbeit im Stadtteil und muss mindestens im aktuellen Umfang weiterhin stattfinden.

Larissa Krümpfer, Kristin Blank, Pierre Hansen, Martin Reinekehr und die
SPD Fraktion im Beirat Gröpelingen

Antrag für die öffentliche Beiratssitzung in Gröpelingen am 27. September 2023

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Bekräftigung des Antrages vom 18.01.2023 aus dem FA Bau und Verkehr

Der Beirat fordert die BSAG auf, den Haltebereich der Bussen der Linie 81 und 82 und 680 auf der neu gestalteten Umsteigeanlage mit einem Haltestellenunterstand auszustatten.

Begründung:

Die wartenden Fahrgäste der Busse, der Linie 81 und 82 und 680, stehen leider noch völlig ungeschützt bei Wind und Wetter auf dem Bahnsteig der der neu gestalteten Umsteigeanlage. Das Winterhalbjahr hat begonnen und der angekündigte Unterstand wurde noch nicht aufgestellt. Das ist besonders bei Norddeutschen Schiet-Wetter sehr unangenehm und nicht kundenfreundlich, zumal die Wartezeiten auf Grund des Fahrplans und der Verkehrssituation auch mal deutlich länger sein können. Alternativ könnten die Busse auch im überdachten Bereich des Bahnsteiges halten, bis ein entsprechender Unterstand errichtet wurde.



Antrag für die öffentliche Beiratssitzung am 27. September 2023

Entscheidungspraxis bzgl. Globalmittelentscheidungen beibehalten!

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Mit Schreiben vom 20.09.2023 wies das Ortsamt darauf hin, eine neue Verfahrensweise bei der Bearbeitung der Globalmittelanträge einführen zu wollen. Statt wie bisher in den Fachausschüssen sollen nun alle Anträge zentral im Beirat besprochen und beschlossen werden. Dieses ist aus verschiedenen Gründen nicht zielführend!

1. nur die Mitglieder des jeweiligen Fachausschusses sind hinreichend mit den jeweiligen Thematiken befasst, dass Sie die Anträge kompetent bewerten können.
2. Bereits jetzt wird über die Höhe der jeweils zu gewährenden Zuschüsse zum Teil länger beraten. Hier geht es dann um jeweils weniger als 10 Fachausschussmitglieder. Sofern nun die Anträge im gesamten Beirat besprochen werden, steht demnach eine sehr viel größere Anzahl an Wortbeiträgen zu erwarten.
3. Bereits jetzt werden zu manchen Fachausschusssitzungen bis zu 20 Anträge besprochen. Werden diese nun zentral bei den Beiratssitzungen behandelt, erhöht sich die Anzahl dementsprechend.

Daher möge der Beirat Gröpelingen beschließen:

Alle Globalmittelanträge werden wie bisher in den Fachausschüssen kompetent und zielführend beraten und beschlossen

Für die CDU-Fraktion:

Arndt Overbeck



Antrag für die öffentliche Beiratssitzung am 27. September 2023

Bankomaten im Stadtteil betriebsfähig halten

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen appelliert an die Geschäftsführung der Deutschen Bank, ihre Bargeldautomaten in der örtlich vertretenen Station betriebsfähig zu halten, bzw. wieder in Betrieb zu setzen.

Begründung:

Die Bankautomaten der benannten beiden Geldhäuser im Stadtteil waren in letzter Zeit über längere Zeitspannen außer Betrieb gestellt.

Die lokale Infrastruktur an Cash-Automaten wird aus ortspolitischer Sicht als unerlässlich für die Bargeldversorgung, insbesondere älterer Nutzergruppen, angesehen.

Der soziale Aspekt ist zudem im Hinblick auf materiell schlechter gestellte Bewohner:innen zu berücksichtigen, die infolge der zeitweiligen Betriebseinstellungen auf eine Automatenutzung anderer Bankhäuser, die nicht dem eigenen Cashpool angehören, angewiesen sind.

Von daher unterstreicht der Beirat die Verantwortung auch aller Marktteilnehmer, eine einwohnergerechte Angebotsstruktur im Stadtteil vorzuhalten.

Für die CDU-Fraktion:
Ute Pesara



Antrag für die öffentliche Beiratssitzung am 27. September 2023

Machbarkeitsstudie Fährverkehr - Sachstände

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert das Häfenressort auf, die aktuellen Entwicklungen und mittelfristigen Perspektiven, die sich aus der Machbarkeitsstudie für den Fährverkehr von und nach Gröpelingen ergeben, zu erläutern. Das mag im Wege einer Beirats- oder Fachausschussbefassung erfolgen.

Für die CDU-Fraktion:
Ute Pesara



Antrag für die öffentliche Beiratssitzung am 27. September 2023

Energiekonzept für den Stadtteil

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW) auf, darzulegen, welches Energiekonzept für den Bremer Westen und insbesondere für die Versorgung der Haushalte auf Gröpelinger Gebiet geplant ist.

Von besonderem Interesse wäre aus Stadtteilsicht die Beantwortung nachfolgender Fragen:

- Wie verhält es sich um den Ausbau von Fernwärmeleitungen?
- Was ist diesbzgl. in Planung und wann ist perspektivisch mit einer Umsetzung diese Pläne zu rechnen?
- Welche Vorteile ergeben sich für die lokale Bevölkerung aus der Realisierung der Klärschlammverbrennungsanlage in Oslebshausen, besteht i.S. einer Hebung der Akzeptanz für deren Standort die Überlegung, eine Art Energiepreiserabatt („je dichter, desto günstiger“) für die Oslebshausener Anwohner:innen zu etablieren?

Für die SPD-Fraktion:
Martin Reinekehr

Für die CDU-Fraktion:
Ute Pesara



Antrag für die öffentliche Beiratssitzung am 27. September 2023

Sachstand Fortsetzung Fahrradpremiumroute auf Gröpelingener Gebiet

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) auf, Auskunft über den Planungsstand der sog. „Fahrradpremiumroute“ auf Gröpelingener Gebiet zu erteilen, insbesondere

- über die Fortführung der Route vom Waller in das Gröpelingener Stadtteilgebiet. Zurzeit wird das Teilstück in Walle baulich umgesetzt und wird nach Fertigstellung an der Einmündung Lange Reihe in die Waller Heerstraße auslaufen.
- Der Beirat Gröpelingen hat in seinen vorangegangenen Beschlüssen die Forderung nach einer Fortsetzung über die Alte Waller Straße (diesbzgl. wäre noch eine Abstimmung mit den zuständigen Waller Beiratskolleg:innen erforderlich), weiter über das Wegestück hinter dem SZ „Rübekamp“ und den Mählandsweg gefordert – eine Ankündigung der Vorgängerbehörde der SBMS (SKUMS), auch zu diesem Zweck den Mählandsweg von der Deutschen Bahn AG anzukaufen, liegt dem Beirat vor.

Begründung:

Die Radfahrer:innen könnten auf dieser Route umweglos ihre Fahrt in Richtung Oslebshausen/Burglesum wahlweise über den Grünzug West oder wahlweise über den Pappelweg fortsetzen.

Für die SPD-Fraktion:
Martin Reinekehr

Für die CDU-Fraktion:
Ute Pesara

Antrag für die öffentliche Beiratssitzung in Gröpelingen am 27. September 2023

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat fordert die Sparkasse Bremen am Bürgermeister-Koschnick-Platz auf, die Geldautomaten an die Gröpelinger Heerstraße zu verlegen, oder aber den derzeitigen Bereich besser zu beleuchten und mit umfangreicher Videoüberwachung auszustatten.

Begründung:

Der derzeitige Standort der Geldautomaten im hintersten Bereich des Gebäudes in der Straße Beim Ohlenhof liegt in einer dunklen Ecke. Zudem ist der Hof direkt daneben nicht verschließbar, so dass sich dort immer wieder Personengruppen aufhalten. Vor dem Eingang zu den Geldautomaten bilden sich auch immer wieder Personengruppen, die einschüchternd wirken und somit Kunden abschrecken. Das Sicherheitsgefühl der Kunden ist daher aus verständlichen Gründen schlecht.

Antrag für die öffentliche Beiratssitzung in Gröpelingen am 27. September 2023

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Bekräftigung des Antrages im Umlaufverfahren vom 14./15.09.2023 im Anschluss an die Sitzung des FA Kinder, Bildung, junge Menschen vom 30.8.2023.

Der Beirat fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, die Sprengeländerung für die Einschulung wie vom Fachausschuss vorgeschlagen (Anlage 1) vorzunehmen.

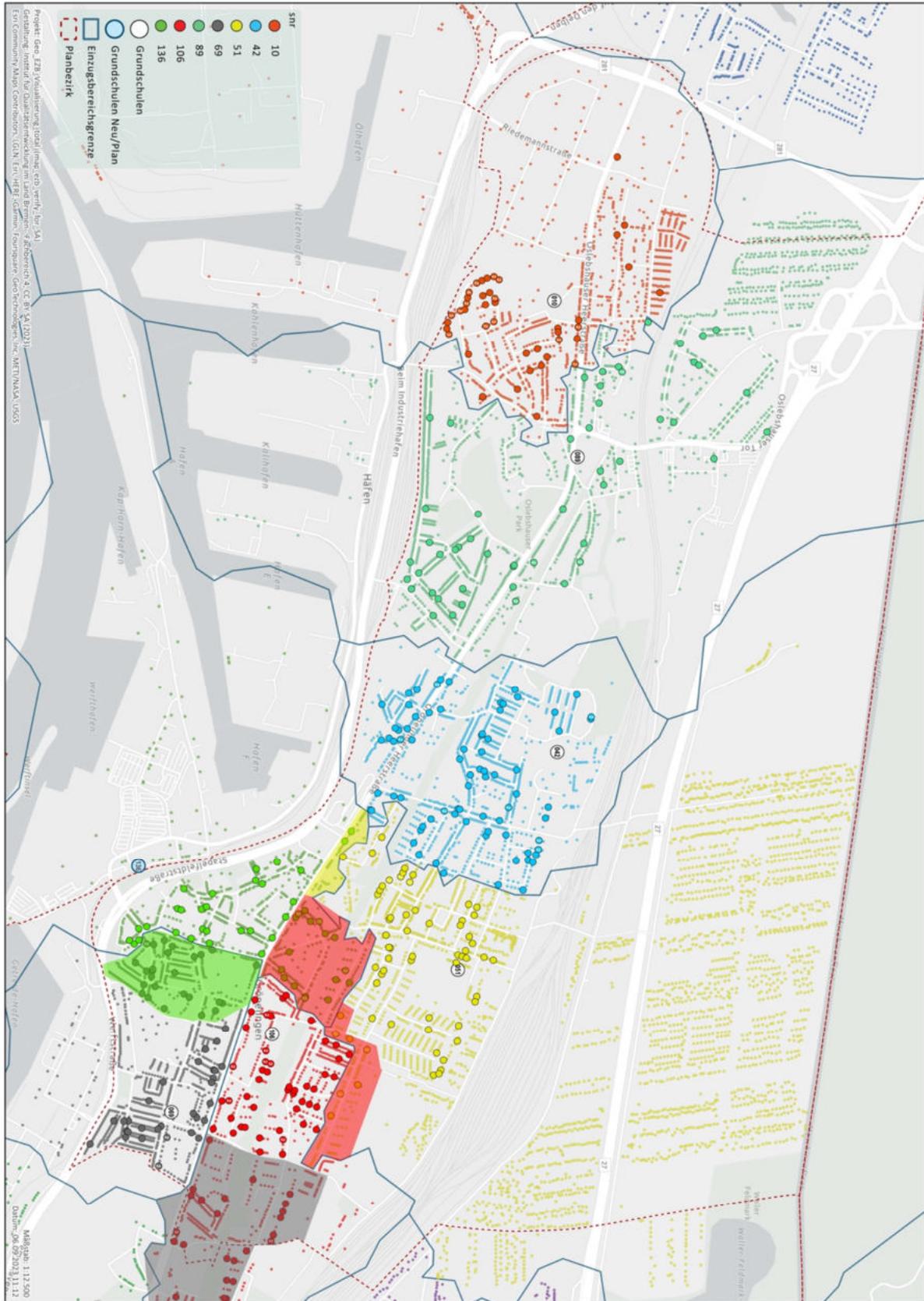
Begründung:

Die von der senatorischen Behörde vorgeschlagene Veränderung (Anlage 2) sieht vor, dass Schüler:innen, die im Gebiet zwischen der Buxtehuder Str. und der Giehler Str. wohnen, nicht mehr in der Fischerhuder Str. beschult werden sollen, obwohl sie in Sichtweite der Schule wohnen. Stattdessen sollen sie nun sowohl die Gröpelinger Heerstr. Als auch die Stapelfeldstr. queren. Der Sprengel der Grundschule Fischerhuder Str. würde westlich von der Schule gekappt.

Der Beiratsschlusssatz sieht vor den Sprengel der Fischerhuder Str. (106) im Osten zu begrenzen und diese Schüler:innen der Grundschule am Pastorenweg (69) zuzuschlagen, für die sich ein kürzerer Schulweg als bisher ergäbe. Die Querung der Gröpelinger Heerstr. ist an der Altenescherstr. gut zu bewältigen.

Der Sprengel der Grundschule am Pastorenweg würde dafür westlich begrenzt werden und den Bereich um den Liegnitzplatz abgeben. Diese Schüler:innen würden der neu zu gründenden Grundschule (136) zugewiesen werden.

Anlage 1:



Larissa Krümpfer, Kristin Blank, Pierre Hansen, Martin Reinekehr und die SPD Fraktion im Beirat Gröpelingen

